



Trump verhängt neue Zölle: Was das für die Schweiz heisst

Nelly Keusch, Fabian Fellmann
und **Charlotte Walser,**
Washington

Handelsstreit mit den USA

Der Präsident hat neue Zölle ausgerufen, und weitere könnten folgen. Die Schweiz kommt dabei schlechter weg als die EU. Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Donald Trump hat ein milliardenschweres Problem. Er freut sich auf eine sprudelnde Geldquelle, als er an seinem «Liberation Day» im April 2025 Zölle auf Importe aus der halben Welt verhängt. Doch dann zwang das Oberste Gericht der USA seine Regierung, die illegalen Zölle zurückzuzahlen. Allein im vergangenen Monat wuchs das Minus auf 26 Milliarden Dollar.

Mit einer Notlösung versuchte Trump, einen Teil seiner Zolleinnahmen zu retten. Diese Notlösung mit einem Basistarif von 10 Prozent hat ihr Ablaufdatum erreicht – weil der Gesetzesparagraf, auf den sich der US-Präsident stützte, die Zölle auf 150 Tage beschränkt.

Am Donnerstagabend hat Trump deshalb nun neue Zölle ausgerufen. Weitere – noch höhere – könnten folgen. Auf Importe aus Brasilien und Kanada zum Beispiel hat der US-Präsident bereits zusätzliche Zölle angekündigt, weil er mit den Regierungen der beiden Länder im Clinch liegt.

— Was hat die US-Regierung entschieden?

Handelspartner, die im Zusammenhang mit Zwangsarbeit keine Einfuhrverbote erlassen haben, unterliegen einem Zollsatz von 12,5 Prozent. Für jene, die sich verpflichtet haben, Einfuhrverbote einzuführen und durchzusetzen, gelten 10 Prozent. Die Schweiz fällt in die erste Kategorie mit 12,5 Prozent, die EU in die zweite mit 10 Prozent.

Der Handelsbeauftragte Jameson Greer schreibt, das sei auf Grundlage der Untersuchung und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen entschieden

worden, «in Übereinstimmung mit der konkreten Anweisung des Präsidenten». Die Schweiz hatte den Vorwurf zurückgewiesen, Zwangsarbeit ungenügend zu bekämpfen. Für Produkte mit einem Meistbegünstigtenzoll von weniger als 12,5 Prozent gilt künftig 12,5 Prozent, für jene mit einem höheren Satz bleibt der höhere bestehen.

Für einige Schweizer Exporte bedeutet dies eine Senkung der Zollbelastung, etwa für Käsesorten mit einem Meistbegünstigtenzoll von 10 Prozent. Beim neuen 301-Zollzuschlag werden nicht 12,5 Prozentpunkte hinzugerechnet. Vielmehr wird er so hinzugefügt, dass für Produkte aus der Schweiz ein Zoll von gesamthaft

12,5 Prozent gilt. Bis Donnerstag hingegen wurden 10 Prozent zum Meistbegünstigtenzoll addiert, mit einer Obergrenze von 15 Prozent. Für einige Käsesorten sinkt damit der Zoll von 15 auf neu 12,5 Prozent, dasselbe gilt analog für andere Güter mit einem Meistbegünstigtenzoll zwischen 2,5 und 12,5 Prozent.

— Was ist gestern mit den Zöllen passiert?

Trump's breiter Zollsatz betrug 10 Prozent und galt – mit einigen Ausnahmen – für alle Importgüter weltweit. Dafür benutzte er Artikel 122 im Handelsgesetz der USA, wonach der Präsident für 150 Tage Zölle beschliessen kann.

Nun wendet Trump einen anderen Paragraphen aus dem Handelsgesetz an: Section 301. Sie erlaubt dem Präsidenten Massnahmen gegen Produkte aus Ländern, die zum Beispiel Zwangsarbeit zu wenig entscheiden bekämpfen. Damit begrün-

det Washington nun Zölle gegen die sechzig wichtigsten Handelspartner.

— Was bedeutet das für die Schweiz?

Jetzt ist eingetreten, wovor Bundespräsident Guy Parmelin gewarnt hatte: Für Schweizer Exporte steigt der Zollsatz von 10 auf 12,5 Prozent. Ein Nachteil gegenüber der EU-Konkurrenz, für die weiterhin 10 Prozent gelten. Vergeblich hat sich die Schweiz gegen den Vorwurf gewehrt, Zwangsarbeit zu dulden. Vergeblich waren auch die Bemühungen, mit Trump einen Zolldeal auszuhandeln.

Der Bundesrat hofft aber, dass die USA sich weiterhin an eine Absichtserklärung von 2025 halten. Demnach ist die Obergrenze für Schweizer Produkte ein Zoll von 15 Prozent. Bislang erfüllen die USA diese Abmachung.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer für die Schweiz ist, dass Fachleute den Wechsel zu den neuen Zöllen als eine leichte Beruhigung der Lage werten. Bisher hatte Trump kurzfristig Zölle erfunden und wieder zurückgenommen. Das bekam die damalige Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter im vergangenen Sommer zu spüren. Weil er sich über sie genervt habe, habe er den Zollsatz auf 39 Prozent erhöht, erzählte Trump später.

Solche Exzesse sind unter dem neuen Regime nicht mehr so einfach möglich. Die Zölle gemäss Section 301 bedingen zuerst ein ausführliches Prüfungsverfahren. Es dauert mehrere Monate, die Betroffenen können Korrekturen fordern. «Es gibt weniger Unsicherheit, aber sie verschwindet nicht ganz», sagte Sarah



Bianchi, eine frühere US-Handelsbeamtin, dem Sender PBS.

— Welche Zölle könnten noch kommen?

Parallel zur Untersuchung zum Thema Zwangsarbeit haben die USA eine weitere Untersuchung auf Basis von Section 301 eingeleitet. Das Handelsministerium prüft, ob die betroffenen Länder strukturelle Überkapazitäten in der Produktion aufweisen. Das wäre der Fall, wenn Regierungen die Produktion ihrer Industrie durch Subventionen, künstlich gedrückte Löhne oder Marktbarrieren ankurbeln, ohne dass die Nachfrage dies rechtfertigt.

Neben der Schweiz untersucht der Handelsbeauftragte Jamieson Greer auch China, die EU-Staaten, Indien, Mexiko, Singapur, Norwegen, Japan sowie acht weitere Nationen. Die Anhörungen fanden im Mai statt. Wann Ergebnisse und Zollvorschläge zu erwarten sind, ist unklar.

Die Untersuchung gegen die Schweiz begründet Trump einmal mehr damit, dass die Schweiz mehr Waren in die USA ausführe, als sie von dort importiere. Ausserdem verweist er auf die Währungsinterventionen der Nationalbank.

Für die Schweiz kursierten zwei Szenarien, sagt Rahul Sahgal, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer: Entweder verhängte Trump im August weitere Zölle wegen Überkapazitäten. «Dann müssten wir alle Hebel in Bewegung setzen, um den Zollsatz wieder herunterzuverhandeln», sagt Sahgal. Oder aber Trump verzichte vorerst darauf, halte jedoch die Drohkulisse aufrecht, damit die Schweiz die Absichtserklärung von 2025 umsetze.

Der Bundesrat versprach unter anderem, den Import von Autos und Medizinprodukten zu erleichtern. «Die Schweiz sollte sich jetzt darauf konzentrieren, ihren Teil der Abmachung einzuhalten. Damit hat sie die grössten Chancen auf relative Stabilität», sagt Sahgal.

— Wie hat sich die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und den USA entwickelt?

Als Trump im April 2025 erstmals Zölle gegen zahlreiche Handelspartner verhängte, begründete er das mit dem hohen Handelsdefizit zwischen den USA und den betroffenen Ländern. Die Schweiz erzielte im Jahr 2024 im Handel mit den USA einen Exportüberschuss von 38,5 Milliarden Franken, woran Trump sich störte.

Die Trump-Administration betrachtete dabei ausschliesslich den physischen Warenaustausch. Im Dienstleistungshandel – Finanzen, Software, Lizenzen und dergleichen – verzeichneten die USA gegenüber der Schweiz hingegen einen Überschuss. Zudem bestand 2024 ein erheblicher Teil der Schweizer Güterexporte aus Währungsgold, das hierzulande nur umgeschmolzen wurde. Goldbarren machten 11,5 Milliarden Dollar aus.

Trotz Zöllen von zeitweise 39 Prozent schrumpfte das Handelsdefizit 2025 nicht – im Gegenteil: Ende 2025 belief sich der Schweizer Exportüberschuss gemäss Zollstatistik auf 48 Milliarden Franken. Ausgerechnet Trumps Zölle trugen dazu bei: Die Angst vor Goldzöllen trieb die US-Nachfrage Anfang 2025 in die Höhe, was die Schweizer Goldexporte entsprechend ankurbelte.

Seitdem sind diese zwar stark zurückgegangen, doch selbst ohne Gold verzeichnete die Schweiz einen Exportüberschuss von 41 Milliarden Franken. Die Schweiz führt hauptsächlich Pharmazeutika in die USA aus – und diese sind von den Zöllen ausgenommen.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres betrug der Exportüberschuss der Schweiz 19 Milliarden Franken, was gegenüber der Vorjahresperiode einen Rückgang von 35 Prozent darstellt. Dennoch jubelte Jamieson Greer Anfang Juli, die Handelsbilanz mit der Schweiz habe sich gegenüber dem Vorjahr um 71 Milliar-

den Dollar verbessert.

— Wie blickt die Schweizer Industrie auf die Zölle?

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse schreibt, der Entscheid sei «weder nachvollziehbar noch gerechtfertigt». Er benachteilige Schweizer Unternehmen gegenüber Wettbewerbern aus Ländern mit tieferen Zollsätzen, darunter die EU und das Vereinigte Königreich.

Die Schweizer Techindustrie hat wegen der US-Zölle innerhalb eines Jahres Exporte in die USA im Wert von einer Milliarde Franken verloren – das entspricht 10 Prozent ihrer US-Ausfuhren. Das sagt Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor und Leiter Wirtschaftspolitik beim Industrie-Dachverband Swissmem. Zwar berichten laut Kohl einzelne Firmen, dass sie sich auf dem amerikanischen Markt wieder erholen würden. Doch die Güterausfuhren in die USA sind im ersten Quartal dieses Jahres weiter gesunken.

Swissmem geht davon aus, dass rund 20 bis 25 Prozent der Firmen die Zölle durch Preiserhöhungen vollständig an ihre Kunden weitergeben konnten. «Bei den restlichen Firmen gingen die Zölle mindestens teilweise zulasten der Marge der Schweizer Exporteure», so Philippe Kohl.

Gelitten haben auch andere Exporteure. Die Ausfuhr von Schweizer Käse etwa ist seit Trumps Amtsantritt um fast 16 Prozent eingebrochen, was ein Minus von mehr als 20 Millionen Franken bedeutet. Darum wehrte sich die Branchenorganisation Swiss Cheese Marketing gegen die Pläne der Trump-Regierung, neue Zölle wegen angeblicher Zwangsarbeit zu verhängen. Schweizer Käse werde von Gesetzes wegen ausschliesslich aus Schweizer Milch hergestellt, argumentierte Präsident Lorenz Hirt in einer Eingabe an Trumps Handelsbeauftragten. Es bestehe «wenig bis gar kein Risiko» von Zutaten aus Zwangsarbeit.

Ohnehin bestrafe die Zoll-



politik der USA die Amerikaner selbst. Schweizer Käse sei beliebt wegen seiner Herkunft und nicht ersetzbar. Die Exporteure

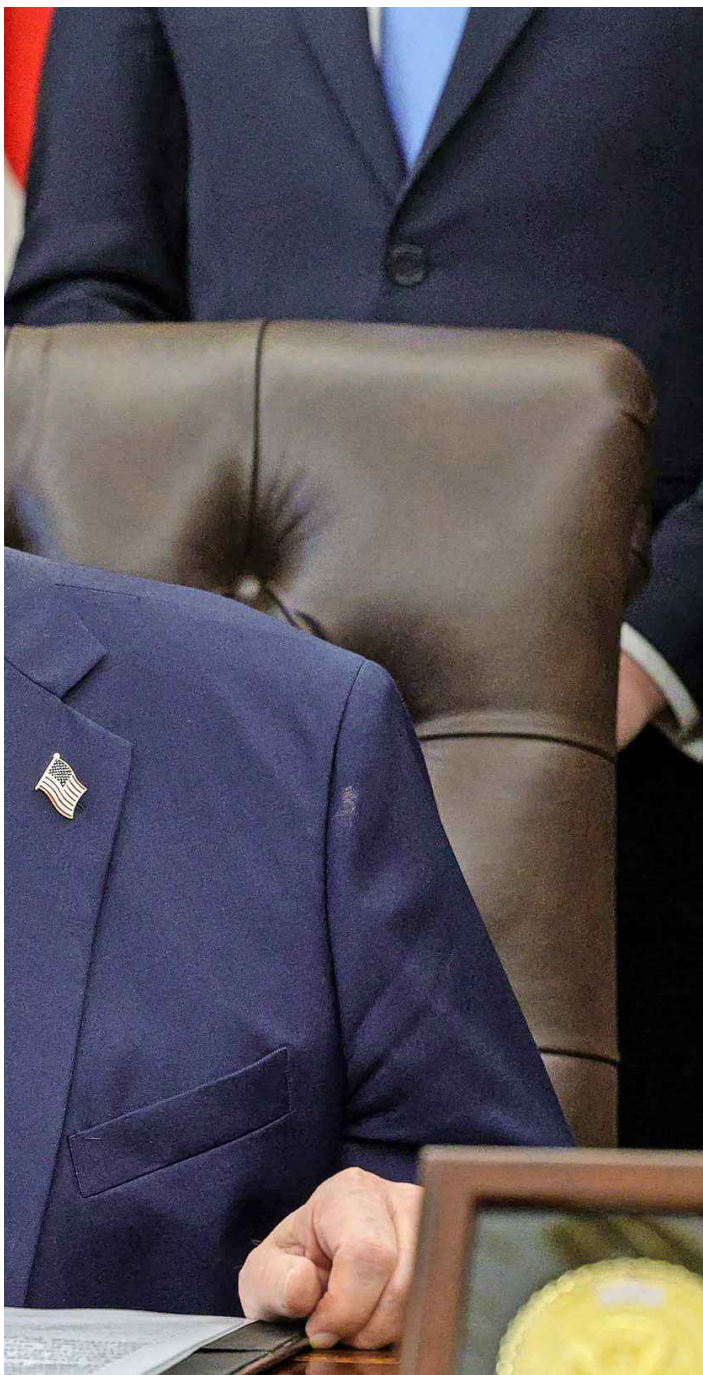
hätten darum einen grossen Teil oder gar die gesamten Zölle an die Kunden weitergereicht. «US-Kunden mussten darum höhere Preise zahlen für Käse aus der

Schweiz», schreibt Hirt. «Das ist weder im Interesse der Schweizer Käseproduzenten noch der US-Kundschaft.»



Als Donald Trump im April 2025 erstmals Zölle gegen Handelspartner verhängte, begründete er das mit dem hohen Handelsdefizit. Inzwischen hat er ein milliardenschweres Problem. Foto: AFP

milliardenschweres Problem. Foto: AFP



**Fachleute werten
den Wechsel zu
den neuen Zöllen
als eine leichte
Beruhigung
der Lage.**

**Die Schweiz führt
hauptsächlich
Pharmazeutika
aus – diese sind
von den Tarifen
ausgenommen.**